

Gemeindepräsidentinnen und
Gemeindepräsidenten
Oberhasli/Oberer Brienersee
p.A. Einwohnergemeinde Hasliberg
Gemeindeschreiberei
6085 Hasliberg Goldern

1849

Bern, 19. Dezember 2012

ERZ C



Sparmassnahmen Voranschlag 2013 des Kantons Bern; Streichung der Beiträge an die Schülertransportkosten

Sehr geehrte Frau Nägeli
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat dankt Ihnen für Ihre Zuschrift vom 8. November 2012 betreffend die Sparmassnahme „Schülertransporte“ im Voranschlagswerk des Kantons Bern. Wie Sie mittlerweile erfahren haben, hat der Grosse Rat im Rahmen der Beratung des Voranschlags 2013 diese Sparmassnahme gestrichen.

Die Beiträge an Schülertransportkosten werden also weiterhin ausgerichtet.

Die Erziehungsdirektion ist nun beauftragt, in anderen Bereichen 3 Millionen Franken einzusparen.

Bei der Zusammenstellung möglicher Sparmassnahmen hat sich die Erziehungsdirektion von folgenden Grundsätzen leiten lassen und diese auch eingehalten:

1. Vorab wurde überproportional der Aufwand in der Verwaltung reduziert (Anteil von 15% am Sparpaket bei einem Anteil der Verwaltung an den Ausgaben der Erziehungsdirektion von ca. 2%).
2. Wo immer möglich wurde ein Abbau im eigentlichen Bildungsangebot vermieden.
3. Mit den Sparmassnahmen wurde eine gewisse Opfersymmetrie erreicht.

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Erziehungsdirektion namentlich mit den Sparvorschlägen im Volksschulbereich die von ihr anvisierte Opfersymmetrie realisieren konnte.

Mit der Streichung der Beiträge an die Schülertransporte wären die ländlicheren Gemeinden belastet worden, mit der Kürzung der Beiträge an die Schulsozialarbeit die eher städtischen Gemeinden und mit der Kürzung der Beiträge an die Musikschulen alle.

Der Regierungsrat hält fest, dass das Volumen der drei erwähnten Sparmassnahmen zu Lasten der Gemeinden insgesamt ähnlich hoch gewesen wäre wie die Einsparungen, welche die Gemeinden mit dem Abbau von Unterrichtslektionen im Rahmen des Lastenausgleichs „Lehrergehälter Kindergarten und Volksschule“ ab 2012 verzeichnen können. Somit hätte es insgesamt netto keine Mehrbelastung der Gemeinden gegeben, sondern eine gleich bleibende.

Mit dem Entscheid des Grossen Rates müssen nun andernorts in der Erziehungsdirektion Sparmöglichkeiten gesucht werden. Ob dabei die Opfersymmetrie erhalten bleibt, kann derzeit nicht gesagt werden.

Der Regierungsrat geht davon aus, dass Sie als Gemeindebehörden ebenfalls wissen, wie schwierig es oft ist, unliebsame Sparmassnahmen zu suchen und diese in politischen Prozessen umzusetzen. Entscheidend ist, dass derartige Prozesse konstruktiv bleiben und mit den Beteiligten auf gleicher Augenhöhe erörtert werden können. In diesem Sinne dankt Ihnen der Regierungsrat für Ihr Verständnis und freut sich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:



Der Staatsschreiber:



Kopie geht an:

- Finanzkommission des Grossen Rates; Herr Grossrat Jürg Iseli, Präsident, Ratssekretariat, Postgasse 68, 3000 Bern 8